

Bürgerkrieg und/oder Sezession wird in den USA unvermeidlich

von *Thierry Meyssan*

Das Problem ist nicht mehr, wer rechtmäßig zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, sondern wie lange kann der Bürgerkrieg noch aufgeschoben werden? Weit davon entfernt, ein Kampf zwischen einem narzisstischen Fernsehmoderator und einem senilen alten Mann zu sein, wird das Land über eine grundlegende kulturelle Frage zerrissen, die seit seiner Gründung schwelt.

Voltaire Network | Paris (Frankreich) | 15. Dezember 2020

Es ist so weit: Die Katastrophe, die seit 30 Jahren vorhersehbar war, zeichnet sich ab. Die Vereinigten Staaten steuern unaufhaltsam auf Sezession und Bürgerkrieg zu.

Seit dem Untergang der UdSSR hat das "amerikanische Imperium" keinen existenziellen Feind mehr und damit keine Existenzberechtigung. Der Versuch von George H. Bush (dem Vater) und Bill Clinton, dem Land mit der Globalisierung des Handels ein neues Leben zu geben, hat die Mittelschichten in den USA und in fast dem gesamten Westen zerstört. Der Versuch von George W. Bush (Sohn) und Barack Obama, die Welt um eine neue Form des Kapitalismus – diesmal finanzieller Art – zu organisieren, ist im Sande verlaufen.

Es ist zu spät, das Blatt zu wenden. Donald Trumps Versuch, das amerikanische Imperium aufzugeben und die Bemühungen des Landes wieder auf den heimischen Wohlstand zu konzentrieren, wurde von den Eliten sabotiert, die sich die puritanische Ideologie der "Pilgerväter" angeeignet haben. Infolgedessen ist der von Richard Nixon und seinem Wahlberater Kevin Philipps so gefürchtete Moment eingetreten: Die Vereinigten Staaten stehen am Rande von Sezession und Bürgerkrieg.

Was ich hier schreibe, ist keine Fantasie, sondern die Analyse vieler Beobachter in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt. Zum Beispiel hat der Oberste Gerichtshof von Wisconsin gerade Donald Trumps Berufung wegen Wahlbetrugs für unzulässig erklärt, nicht aus rechtlichen Gründen, sondern weil "es die Büchse der Pandora öffnen würde".

Tatsächlich werden die Einsprüche des scheidenden Präsidenten entgegen der in der internationalen Presse vorherrschenden Falschdarstellung der Ereignisse entweder juristisch beurteilt und er hat offensichtlich Recht, oder sie werden politisch beurteilt und wenn man ihm Recht gibt, provoziert man einen Bürgerkrieg. Aber der Konflikt ist schon zu weit fortgeschritten. Ihn unter Missachtung des Rechts politisch zu verurteilen, wird ebenfalls einen Bürgerkrieg provozieren.

Wir müssen aufhören, die Präsidentschaftswahl als Rivalität zwischen Demokraten und Republikanern zu interpretieren, während Donald Trump nie behauptet hat, Mitglied der Republikanischen Partei zu sein, die er während seiner Kampagne 2016 gestürmt hat. Er ist kein aufgeklärter Mann, sondern ein Nachfolger von Präsident Andrew Jackson (1829–37). Ja, letzterer war ideologisch ein Vorläufer der "Südstaatler", der "Konföderierten".

Nur weil Andrew Jackson in Europa ignoriert wird, heißt das nicht, dass er eine Randfigur der amerikanischen Geschichte ist. Sein Porträt erscheint auf dem 20-Dollar-Schein, gegen den er bei der Federal Reserve sein Veto eingelegt hat.

Wir müssen aufhören, so zu tun, als würde Donald Trump nicht die Mehrheit seiner Mitbürger repräsentieren, wenn er 2016 zum ersten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, wenn er gerade Tausenden von Kandidaten geholfen hat, in seinem Namen Kommunalwahlen zu gewinnen, und wenn er gerade Millionen von Stimmen mehr als 2016 gewonnen hat.

Niemand in Europa scheint sich zu trauen, zu sehen, was vor unseren Augen geschieht, denn jeder klammert sich an die Vorstellung von den Vereinigten Staaten, die ein Ausbund an Demokratie sind. Bitte lesen Sie die US-Verfassung, es wird Sie nur ein paar Minuten dauern. Sie erkennt die Souveränität der Bundesstaaten an, nicht die des Volkes. Ihr Hauptentwurfsverfasser, Alexander Hamilton, hat es gesagt und in den Federalist Papers geschrieben: Ihr Zweck ist es, ein Regime zu errichten, das mit der britischen Monarchie ohne Aristokratie vergleichbar ist, sicherlich keine Demokratie.

Diese Verfassung überdauerte zwei Jahrhunderte nur wegen des Kompromisses der ersten zehn Zusatzartikel (Bill of Rights). Aber im Zeitalter der Globalisierung von Informationen kann jeder sehen, dass die Würfel gefallen sind. Dieses System ist zwar tolerant, aber oligarchisch. In den Vereinigten Staaten werden fast alle Gesetze von organisierten Interessengruppen ausgearbeitet, unabhängig davon, wer in den Kongress und das Weiße Haus gewählt wird. Das politische Personal ist nur ein Rauchvorhang, der die wahre Macht verbirgt. Jede Entscheidung eines jeden Politikers wird von diesen Gruppen notiert, und jedes Jahr werden Verzeichnisse veröffentlicht, in denen ihre Gefügigkeit zusammengestellt wird.

Die Europäer, die die Vereinigten Staaten als eine demokratische Nation darstellen wollen, behaupten immer wieder, dass die Präsidentschaftswahl eine Angelegenheit der Wähler sei. Dies ist absolut falsch. Die Verfassung sieht die Wahl des Bundespräsidenten nicht durch das Volk vor, sondern durch ein Wahlmännerkollegium, das von den Gouverneuren ernannt wird. Im Laufe der Zeit sind die Gouverneure dazu übergegangen, in ihren Staaten Wahlen abzuhalten, bevor sie die Mitglieder des Electoral College wählen. Einige haben zugestimmt, es in ihre lokalen Verfassungen aufzunehmen, aber nicht alle. Letztendlich ist es dem Bundesgerichtshof egal, wie schon bei George W. Bush v. Al Gore vor 20 Jahren. Es stellte ausdrücklich fest, dass die mögliche Wahlmanipulation, die in Florida stattgefunden hatte, nicht in seine Zuständigkeit fiel.

In diesem Zusammenhang hätte Donald Trump wahrscheinlich die Wahl 2020 gewonnen, wenn die Vereinigten Staaten eine Demokratie wären, aber er hat verloren, weil es eine Oligarchie ist und die Politiker ihn nicht wollen.

Die Jacksonianer, die Anhänger der Demokratie, haben keine andere Wahl, als zu den Waffen zu greifen, um ihrer Sache zum Sieg zu verhelfen, wie es der Zweite Zusatzartikel ihrer Verfassung ausdrücklich vorsieht. Im ursprünglichen Sinn des Zweiten Verfassungszusatzes soll das Recht der Amerikaner, alle Arten von Kriegswaffen zu erwerben und zu tragen, sie in die Lage versetzen, sich gegen eine tyrannische Regierung aufzulehnen, wie sie es gegen die britische Monarchie getan haben. Das ist der Sinn des Kompromisses von 1789, den die Mehrheit von ihnen als gebrochen ansah.

General Michael Flynn, der kurzlebige Nationale Sicherheitsberater, hat gerade die Aussetzung der Verfassung und die Einführung des Kriegsrechts gefordert, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Das Pentagon, dessen Chef vor einem Monat vom scheidenden Präsidenten zugunsten von Freunden des Generals ausgetauscht wurde, hält sich bereit.

Donald Trump kündigte unterdessen an, er werde vor dem texanischen Gericht erscheinen, das über den dortigen Wahlbetrug entscheiden wird. Texas ist einer von zwei Staaten, die vor dem Beitritt zu den Vereinigten Staaten eine unabhängige Republik bildeten. Aber als es beitrug, behielt es das Recht, auszusteigen. Im Jahr 2009 drohte der damalige Gouverneur Rick Perry mit der Sezession.

Diese Idee ist immer noch aktuell. Heute wird erwartet, dass der lokale Kongress über den Vorschlag des Abgeordneten Kyle Biedermann für ein Unabhängigkeitsreferendum entscheidet.

Der Prozess der Auflösung der Vereinigten Staaten könnte schneller verlaufen als der der UdSSR. Er wurde seinerzeit in Moskau von Professor Igor Panarin untersucht. Die demographischen Verhältnisse haben sich seither geändert und wurden von Colin Woodard analysiert. Das Land würde dann in 11 separate Staaten auf kultureller Basis aufgeteilt werden.

Zu diesen Problemen kommen die Klagen gegen die Gesetzgeber von etwa 20 Bundesstaaten hinzu, die während des Ausbruchs von Covid-19 Gesetze verabschiedet haben, die die Wahlen in einer Weise regeln, die ihren eigenen Verfassungen widerspricht. Sollten diese rechtlich begründeten Klagen Erfolg haben, müssten nicht nur die Präsidentschaftswahlen, sondern auch alle Kommunalwahlen (Parlament, Sheriffs, Staatsanwälte usw.) annulliert werden. Es wird nicht möglich sein, die angeblichen Fakten in Texas und anderswo bis zur Sitzung des Bundeswahlrats zu verifizieren. Texas und andere Staaten mit ähnlichen Anfechtungen sowie solche, die die Wahl annullieren müssen, werden daher nicht an der Nominierung des nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten teilnehmen können. In einem solchen Fall gilt das einzige Vertretungsverfahren für den neuen Kongress, in dem die Puritaner in der Minderheit und die Jacksonianer in der Mehrheit sind.

Thierry Meyssan